

BÜCHER

Eine sozialdemokratische Antwort auf die Krise

Rezension von: Tony Judt, Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit, Carl Hanser Verlag, München 2011, 192 Seiten, € 18,90.

Der Untertitel des Buchs von Tony Judts Buch ist aktueller denn je. Er lautet: „Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit“. Der vor mehr als einem Jahr verstorbene Autor, der wohl zu den scharfsichtigsten Beobachtern der politischen Szene Europas und der USA zählte, schrieb dieses Buch lange vor der Empörung, die viele, insbesondere junge Menschen in den verschiedensten Ländern erfasst hat. Die Gründe für die Empörung sind mannigfaltig. Eines aber haben diese Empörungen gemeinsam – das Gefühl der Frustration über das Werken einer politischen Klasse, die keine oder ungenügende Antworten auf die Probleme unserer Zeit gibt.

Natürlich lässt sich der Aufstand gegen Diktaturen arabischer Länder nicht ohne Weiteres mit den Ausbrüchen von Gewalt in den Pariser Banlieus oder in britischen Städten vergleichen, hat die Empörung spanischer Jugendlicher auf den ersten Blick keinen Zusammenhang mit den Demonstrationen in Athen oder Tel-Aviv. So ziellos manche dieser Ausbrüche, so offen die Richtung der Entwicklung in einigen arabischen Ländern erscheint, so klar ist, dass Unruhe und manchmal auch eruptive Exzesse an die Stelle des Ge-

fühls der Ohnmacht gegenüber gesellschaftlichen Zuständen getreten sind. Selbst dort, wo diese Zustände für viele noch einigermaßen befriedigend erscheinen, entstehen neue Protestbewegungen – wie dies etwa der unerwartet hohe Zuspruch der „Piratenpartei“ bei den jüngsten Wahlen in Berlin illustriert.

Tony Judt hat dieses Buch „für junge Leser beiderseits des Atlantiks geschrieben“. Es ist ein Plädoyer für eine sozialdemokratische Antwort auf die Fragen unserer Zeit, wenn es auch der Praxis der Sozialdemokratie in Europa äußerst distanziert gegenübersteht. Es ist ein Plädoyer für einen aktiven Staat, gegen den „Washingtoner Konsensus“, gegen den hierzulande der ebenfalls früh verstorbene Egon Matzner schon vor Jahren angeschrieben hat.

Tony Judt schreibt: „Die Finanzkrise von 2008 hat gezeigt, dass der unregulierte Kapitalismus sich selbst der schlimmste Feind ist. Früher oder später wird er Opfer seiner Exzesse werden und den Staat um Hilfe bitten.“ Er hat leider nur teilweise Recht behalten. Der Staat wurde um Hilfe gebeten, in der Folge ist es aber gelungen, die Konsequenzen der Krise auf die Staaten abzuwälzen. Und diese Staaten reagieren mit einer Politik, die in Wahrheit die bisherigen Tendenzen fortsetzt.

„Privater Wohlstand, öffentliche Verwahrlosung“, so überschreibt der Autor ein Kapitel seines Buches, in dem er die wachsende Ungleichheit in unseren Gesellschaften nicht nur ökonomisch analysiert. „Ungleichheit wirkt zersetzend ... der Konkurrenzkampf

verschärft sich, die Menschen fühlen sich überlegen (oder minderwertig), die Vorurteile gegenüber den Schwächeren verstärken sich, die Pathologien sozialer Benachteiligung werden immer deutlicher.“

Das überkommene Rezept, den Kuchen der Wirtschaftsleistung zu vergrößern, um jedem größere – wenn auch ungleich große – Stücke zuzuweisen, funktioniert nicht mehr. „Wachstum (begünstigt) in guten Zeiten typischerweise die wenigen, während die relative Benachteiligung der vielen sich eher verschärft.“ Waren es früher soziale oder religiöse Ideale, die ein „potenziell selbstzerstörerische(s) Wirtschaftssystem“ zähmten, so haben wir durch die ethische Erosion eine Welt verloren.

Die Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise, den faschistischen Regimen in Europa und die Systemkonkurrenz mit dem Sowjetkommunismus führten nach 1945 dazu, dass Auswüchse des Kapitalismus abgemildert, die Mechanik der Märkte durch Regulierungen im Zaum gehalten wurden. Judt schreibt: „Der Sozialstaat mag in seinem Kern egoistisch gewesen sein. Einige Jahrzehnte lang erfreute er sich ethnischer Homogenität und einer überschaubaren Bevölkerung – fast jeder erkannte sich in fast jedem anderen wieder.“ Migration, sei es der Zuzug von ausländischen Arbeitern oder von Flüchtlingen, hatte einen „deutlichen Rückgang des sozialen Zusammenhalts“ zur Folge.

Judt benennt auch am Beispiel architektonischer und stadtplanerischer Auswüchse Schwächen des Wohlfahrtsstaats, in denen Bürokraten oft genug „wussten“, was dem Wohl der Menschen diene. Diese „repressive Toleranz“ sei, nach Ansicht des Autors,

ausschlaggebend für die Bewegung der 68er gewesen, deren Politik „sich zu einem Konglomerat individueller Ansprüche an Gesellschaft und Staat (entwickelte)“.

Ob tatsächlich die 68er – unfreiwillig – den Boden für die Vorherrschaft des Neoliberalismus bereiteten, darüber mag man trefflich streiten. Doch unter dem Titel: „Revanche der Österreicher“, wie Judt das Kapitel nennt, das sich mit der Renaissance der Ideen Hayeks, Mises' und Schumpeters beschäftigt, entwickelt der Autor interessante Gedanken zum Hintergrund ihrer Ideenwelt. Aus den Erfahrungen dieser Nationalökonomien mit der Niederlage der auf die Logik der Geschichte vertrauenden Linken und dem Sieg des Faschismus sei ihre Schlussfolgerung entstanden: „Den Liberalismus und die offene Gesellschaft verteidigt man am besten, indem man den Staat aus dem Wirtschaftsleben heraushält.“ Ihre Adepten, wie etwa Margaret Thatcher, hätten folgerichtig den Begriff der Gesellschaft aus ihrer Ideenwelt verbannt, sie kannten nur Individuen und Familien.

Mit dem „Privatisierungskult“, so Judt, kam es zu „einer stillen Ausdünnung des Wohlfahrtsstaates zugunsten einer Handvoll Unternehmer und Aktionäre“. Den Nettotransfer vom Staat zu Privaten in der Ära Thatcher schätzt der Autor auf eine Summe von 17 Mrd. Pfund. Für Österreich fehlen solche Schätzungen. Doch selbst die bisher feststellbaren Summen der nebenher laufenden Provisionen, die sich fast täglich in den Meldungen über Korruptionsfälle aus der Zeit der „Wenderegierung“ Schüssels erhöhen, ist beeindruckend und liefert ein Bild des rapiden Sittenverfalls in Österreichs Wirtschaft und Politik.

Die Demontage des Staates ist für Tony Judt auch Ursache von Politikverdrossenheit, die in geringer werdender Wahlbeteiligung und einer zynischen Haltung gegenüber politischen Institutionen und Akteuren ihren Ausdruck findet. Der Rückzug des Wohlfahrtsstaats habe einen neuen Typus von Politiker hervorgebracht. „Aber wenn es eine Politikergeneration gibt, die mitverantwortlich ist für die heutige Politikverdrossenheit, sind sie ihre wahren Vertreter. Sie sind überzeugt, wenig tun zu können, also tun sie wenig.“ Angesichts der Hilflosigkeit europäischer Politik gegenüber dem Abwälzen der Lasten aus der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Staaten (die in der Regel ihrerseits die sozial Schwächeren zur Kasse bitten) und dem Aufstieg der Tea Party-Bewegung in den USA wird man Tony Judt kaum widersprechen können.

Dass der Untergang des Kommunismus nicht zum Ende der Geschichte geführt und uns allen ein Wohleben in Demokratie und freier Marktwirtschaft beschert hat, ist wohl allgemein anerkannt. „Die Jahre zwischen 1989 und 2009 fielen den Heuschrecken zum Opfer“, so Judts Fazit. Entgegen den Thesen der Neoliberalen meint der Autor, dass der Kapitalismus keineswegs Garant für eine freie Gesellschaft sei. Er sei bloß ein Wirtschaftssystem, das in rechten wie linken Diktaturen, in sozialdemokratischen wie in plutokratischen Systemen funktionieren könne.

„Was ist zu tun?“ fragt Judt und zitiert die Warnung von John Maynard Keynes: „Es genügt nicht, dass die Verhältnisse, die wir anstreben, besser sind als die vorangegangenen; sie müssen um so viel besser sein, dass sie die Probleme des Übergangs wettmachen.“

Nach Judt sind wir mit zwei konkreten Problemen konfrontiert. Das eine sei die Rückkehr der „sozialen Frage“, das Entstehen neuer Armut. Das zweite Problem ist die soziale Folge des technischen Wandels, der Verlust von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung, aber auch durch Verlagerung in Billiglohnländer. Damit stellt sich auch die Frage, ob die Periode der Vollbeschäftigung nach dem Wiederaufbau in Westeuropa nur eine Episode war und das Entstehen neuer Reservearmeen an Arbeitslosen der „Normalzustand“ in einer kapitalistischen Gesellschaft ist. Angesichts der steigenden Zahl von jugendlichen Arbeitslosen in der Europäischen Union kann dieses Problem nicht nur als ein ökonomisches gesehen werden, sein Ausmaß droht mit seiner Sprengkraft demokratische Gesellschaften zu gefährden.

„Von all den konkurrierenden und nur partiell miteinander zu vereinbarenden Zielen, die wir anstreben, muss an oberster Stelle der Abbau von Ungleichheit stehen“, und „Der größte Feind des Marktes ist der Markt.“ Mit diesen Thesen plädiert Judt für eine Rückbesinnung auf den Staat, so fehlerhaft und ungenügend oft sein Agieren auch sei. Aufgabe der Linken sei es, die Werte der großen Reformjahrzehnte des 20. Jahrhunderts zu bewahren. „Allmähliche Verbesserungen unbefriedigender Verhältnisse – mehr können wir nicht erreichen und sollten wir auch nicht anstreben ... Die Sozialdemokratie steht nicht für eine ideale Zukunft, sie steht nicht einmal für die ideale Vergangenheit. Aber von allen Optionen, die uns zur Verfügung stehen, ist sie die beste.“

Mit diesem an Churchills Definition der Demokratie erinnernden Zitat endet der Aufruf Tony Judts zu einer Neu-

formulierung reformistischer Politik. Der Epilog des Buches dient der Orientierungshilfe vor allem amerikanischer Leser, die mit dem Begriff der Sozialdemokratie wohl wenig anzufangen wissen. Manchem militanten europäischen Linken mag der Aufruf Judts wohl allzu bescheiden klingen, wenn er meint: „Als Bürger einer freien Gesell-

schaft haben wir die Pflicht, die Welt mit kritischen Augen zu betrachten.“ Sein Buch, vielleicht als sein Vermächtnis für eine neue Generation zu lesen, liefert viele Ansätze zu dieser Kritik. Es sollte niemand davon abhalten, aus dieser Kritik auch radikale Konsequenzen zu ziehen.

Ferdinand Lacina